

Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau für die Schweiz : Monatsschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes
Herausgeber: Schweizerischer Gewerkschaftsbund
Band: 31 (1939)
Heft: 6

Artikel: Ueberseeische Siedlungsländer
Autor: Fehlinger, H.
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-352949>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 02.02.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Ueberseeische Siedlungsländer.

Von H. F e h l i n g e r.

Aus der Schweiz gehen lange nicht mehr so viele Auswanderer nach Uebersee wie in der Vorkriegszeit und noch im ersten Nachkriegsjahrzehnt. Aber einige tausend ziehen doch noch in jedem Jahr übers Meer und der Umfang der Auswanderung ist wieder im Zunehmen begriffen. Die Schweizer Auswanderer sind zum grossen Teil ehemalige Industriearbeiter, Angestellte und Handwerker, die aus verschiedenen Anlässen in der Fremde ein neues Leben beginnen wollen und sich dabei öfter als nicht auf ganz andere als ihre bisherige Arbeit umstellen müssen. Gleich den Angehörigen anderer europäischen Nationen wählen sie als Auswanderungsziele vorwiegend Länder, die im Bereich der nördlichen und der südlichen gemässigten Zone liegen, deren Klima dem heimatlichen mehr oder minder ähnlich ist. Ausserdem können aber Europäer auch in subtropischen Ländern und selbst in Hochländern der Tropen leben. Nur in tropischen Tiefländern scheint ein dauerndes Gedeihen europäischer Bevölkerungen ausgeschlossen zu sein. Entscheidend für die Wahl eines Landes als Auswanderungsziel ist nicht nur sein Klima, sondern auch das Vorhandensein anbaufähigen Bodens oder ausbeutungsfähiger mineralischer Reichtümer. Darüber hinaus ist eine wichtige Frage, ob Raum für neue Einwanderer vorhanden ist. Mit Ausnahme des Nordostens der Vereinigten Staaten von Amerika sind die gegenwärtigen Siedlungsgebiete von Europäern in Uebersee schwach bevölkert, aber nicht alle eignen sich für dichte Besiedlung und die weitere Einwanderung wird durch die Gesetzgebung und administrative Massnahmen erschwert oder verhindert.

In der gemässigten Klimazone A s i e n s befinden sich hauptsächlich selbständige Staaten asiatischer Völker. Siedlung von Europäern ist dort ausgeschlossen; in Betracht käme nur die Einwanderung von Technikern, Spezialarbeitern und wohl auch von kaufmännischem Personal in beschränkter Zahl. Die Besiedlung und wirtschaftliche Erschliessung der russischen Gebiete Asiens wird von der Räterepublik planmässig betrieben. Nicht-Russen werden aber nur ganz ausnahmsweise zugelassen. Inner-Asien ist grossenteils von Wüsten und Trockensteppen erfüllt, deren Bewohner Fremden nicht gerade sehr zugetan sind.

Viel freies Land gibt es in N o r d a m e r i k a ; nur ist es bloss in beschränktem Umfang wirtschaftlich nutzbar zu machen. Das subarktische Klima Alaskas, des kanadischen Nordwestens und der Hudsonbailänder lässt ertragreichen Acker- oder Gartenbau und eine dichte Besiedlung nicht zu. Nur so weit mineralische Bodenschätze vorhanden sind, entstehen Ansiedlungen, die länger oder

kürzer Bestand haben. Hingegen könnte Kanada in seinen südlichen und westlichen Provinzen noch ein mehrfaches der gegenwärtigen Volkszahl ernähren, insbesondere dann, wenn sich die weiterverarbeitende Industrie rascher als bisher entwickelt. An den dazu nötigen Rohstoffen ist das Land reicher als jedes der anderen britischen Dominien. In klimatischer Hinsicht am besten gestellt ist die Provinz Britisch-Kolumbien, wo bisher vornehmlich Bergbau betrieben wird.

Bemerkt zu werden verdient, dass sich in der kanadischen Provinz Quebec, wo vorwiegend Französisch gesprochen wird, seit einiger Zeit faschistische und antisemitische Tendenzen bemerkbar machen, die unter Umständen für die Haltung des Landes in der Einwanderungs- und Flüchtlingsfrage von Bedeutung werden können. Bisher ist man in Kanada in der Einwanderungsfrage weitherziger gewesen als in den Vereinigten Staaten.

Im mittleren Westen der Vereinigten Staaten hat das System des Trockenfarmens Misserfolge gehabt, die nicht übersehen werden dürfen, deren Bedeutung aber ebensowenig übertrieben werden soll. Es ist Tatsache, dass die völlige Zerstörung des Pflanzenwuchses auf weite Strecken hin den aufgeflogten Boden der Abtragung durch fliessendes Wasser und starke Stürme aussetzt. Mit Windschutzpflanzungen könnte jedoch Abhilfe geschaffen und dem Verhängnis der Trockenperioden könnte durch Wasserspeicherung und Wasserzufuhr mindestens in vielen Gegenden vorgebeugt werden. Es gibt in den USA noch weite Gebiete, die künstlich bewässert werden können und wo mit dem Bau von Stauanlagen gleichzeitig elektrische Kraft für industrielle Unternehmungen verfügbar wird. Beispiele dafür, was geleistet werden kann, sind der Grand-Coulee-Damm im Staat Washington und das Bewässerungssystem des Tennessee-Tales. Mit der gegenwärtigen Einwohnerzahl von kaum 130 Millionen auf einen Flächenraum, der fast so gross ist wie der ganz Europas, ist zweifellos das Optimum der Bevölkerung noch lange nicht erreicht.

Die Einwohnerzahl Mittel- und Südamerikas hat sich seit 1900 mehr als verdoppelt, sie hat von 63 Millionen 1900 auf 135 Millionen 1937 zugenommen. Der natürliche Bevölkerungszuwachs wie die Einwanderung waren bedeutend. Die Einwanderung ist aber während der letzten Wirtschaftskrise auf ein Mindestmass reduziert und seit dem Auftauchen des Flüchtlingsproblems fast ganz zum Stillstand gebracht worden. Die Bevölkerungsdichte ist überall gering, ganz besonders im tropischen und subtropischen Amerika. Das Amazonas- und das Orinokobecken sind nach wie vor spärlich von Indianern bewohnte Wildnisse und für die Besiedlung durch Europäer unbrauchbar. Die Hochländer der Andenstaaten und Guyanas gehören hingegen zu den Ländern, wo eine zahlreiche europäische Bevölkerung leben könnte, wenn sie dem Verkehr besser erschlossen würden und wenn Kapital für einen wirtschaftlichen Auftrieb verfügbar wäre. Auch im ausser-

tropischen Südamerika gibt es noch genug Siedlungsraum. Bisher sind die meisten Einwanderer dahin von der iberischen Halbinsel und aus Italien gekommen. Sie hatten weder die Schaffenskraft noch das Kapital, die nötig gewesen wären, um diese Länder wirtschaftlich auf eine ähnliche Höhe zu bringen, wie sie die Vereinigten Staaten von Amerika erreicht haben. Ein Nachteil gegenüber Nordamerika ist der Mangel an Brennstoffen und die Seltenheit nutzbarer Mineralien. Dem Brennstoffmangel könnte durch Nutzung der Wasserkräfte in gewissem Masse abgeholfen werden.

Sehr menschenarm ist der äusserste Süden Amerikas, die argentinischen Pampas und Patagonien. Der argentinische Anteil Patagoniens hat kaum 10,000, der chilenische Teil ungefähr 40,000 Einwohner. Diese 50,000 Menschen verteilen sich über einen Raum von 270,000 Quadratkilometern. Das flache Ostpatagonien mit seinem mageren Boden und seinen kalten Stürmen ist für Ackerbau unbrauchbar. Westpatagonien ist Gebirgsland und hat wenig Platz für Siedler.

Afrika südlich der Sahara ist im allgemeinen dichter bevölkert als Lateinamerika; aber zwischen der Sahara und dem Sambesi leben erst wenige Europäer. Zahlenmässig waren die Eingebornen lange Zeit im Rückgang begriffen; seit dem Aufhören der Stammeskriege und besonders seitdem die Seuchen durch die Kolonialverwaltungen erfolgreich bekämpft werden, wächst aber die Bevölkerung rasch, so rasch, dass in manchen Gegenden bereits Landnot besteht, wie etwa an der Goldküste, in Teilen Nigeriens und des ostafrikanischen Seengebiets. Für europäische Ansiedlung in Betracht kommen namentlich Süd- und Nord-Rhodesien, die Hochländer Ostafrikas und die britische Kolonie Angola.

Die politische Zukunft der ehemaligen deutschen Kolonien ist nicht ganz sicher. Am 7. Dezember 1938 hat der britische Kolonialminister Macdonald im Abgeordnetenhaus erklärt, dass die Abtretung von Kolonien oder Mandatgebieten jetzt nicht eine Frage der praktischen Politik sei. Gleich darauf sprach er aber von den Bedingungen, die zu erwägen seien, falls die Abtretungsfrage je zum Gegenstand von Besprechungen gemacht wird. Also: Einstweilen noch nicht, aber später ist mit der Rückgabe der früheren deutschen Kolonien zu rechnen.

Von den 7,7 Millionen Quadratkilometern Bodenfläche des Australischen Staatenbundes sind zwei Fünftel Wüste und Trockensteppe; nur etwa 1,8 Millionen Quadratkilometer Land eignen sich für dichtere Besiedlung und weitere 2,6 Millionen Quadratkilometer sind gutes Weideland. Selbst wenn alle ungünstigen Umstände berücksichtigt werden, könnte Australien eine viel grössere als seine jetzige Volkszahl ernähren. Professor A. M. Carr-Saunders («Word Population») hat den Flächeninhalt der Regionen bestimmter gleicher Niederschlagsmengen in den Weststaaten der USA und in Australien und ihre Bevölkerungsdichte

berechnet; auch hat er festgestellt, welche Einwohnerzahlen sich für die entsprechenden Niederschlagsregionen in Australien ergeben würden, wenn ihre Bevölkerungsdichte die gleiche wäre wie in den Weststaaten der USA. Das Ergebnis ist, dass in diesem Fall die Einwohnerzahl Australiens nicht 6,8, sondern nahezu 30 Millionen betragen sollte. Allerdings gibt es im Westen der nordamerikanischen Union mehr Möglichkeiten der künstlichen Bewässerung als in Australien, dafür nehmen aber dort wieder Landschaften mit Gebirgscharakter einen grösseren Raum ein als hier, so dass ein annäherungsweise Vergleich zulässig ist. Ohne Zweifel ist die wirtschaftliche Erschliessung Australiens noch sehr im Rückstand; man beschränkt sich bisher vornehmlich auf die Nutzung der Bodenschätze und extensive Weidewirtschaft. Der tropische Norden Queenslands und des Nordterritoriums ist so gut wie ungenutzt, und ausserdem bleiben weite Landschaften mit gemässigtem Klima, die nicht Wüsten sind, menschenleer. Die Siedlung in Australien hat den Vorteil, dass es keine Eingeborenen gibt, die der Gefahr der Verdrängung ausgesetzt wären.

* * *

Siedlungsraum für Europäer kann in Uebersee gewonnen werden durch Urbarmachung ungenutzten Landes oder aber durch Erwerb von Land, das im Besitz von Einheimischen ist. Mit der Urbarmachung ungenutzten Landes haben die jüdischen Einwanderer in Palästina anerkannterwertener Erfolg gehabt und ein Beispiel gegeben, das anderwärts Nachahmung verdient, namentlich wo zu erwarten ist, dass die ansässige Bevölkerung den neuen Ankömmlingen gegenüber eine freundliche Haltung einnehmen wird. Die Erschliessung ungenutzter Ländereien wird in der Regel einen erheblichen Kapitalaufwand für Bewässerung oder Entwässerung, oder Rodung und anderes erfordern. Das erforderliche Kapital ist zweifellos vorhanden, zweifelhaft ist aber, ob die Kapitalbesitzer Bereitwilligkeit zeigen würden, es überseeischen Kolonisationsunternehmungen zur Verfügung zu stellen; man muss befürchten, dass sie andere Anlagegelegenheiten vorziehen, selbst solche, die kulturwidrigen Zwecken dienen.

Der Erwerb grosser zusammenhängender Flächen von Eingeborenenland setzt Enteignung von Eingeborenen voraus, die selbst dann zu Feindschaft Anlass geben kann, wenn hinreichende Entschädigung gezahlt wird. Die Landwirtschaft der Eingeborenen ist mit wenigen Ausnahmen extensiv und selten rationell, sie bedarf grosser Bodenflächen, um den für den Unterhalt nötigen Ertrag zu ergeben. Der Uebergang zu einer mehr intensiven Wirtschaft setzt eine Umstellung der Arbeitsweisen voraus, die sich nur langsam durchsetzen kann. Die untermischte Siedlung von Eingeborenen und Eingewanderten, die eine Verdrängung der ersteren aus weiten Gebieten überflüssig machen würde, bedingt ebenfalls eine Verkleinerung des ihnen für den eigenen Anbau

verfügbar bleibenden Landes, würde ihnen aber Gelegenheit bieten, einen Teil ihrer Unterhaltungsmittel durch Lohnarbeit bei eingewanderten Siedlern verdienen zu können. In solchen Fällen hängt viel davon ab, ob beide Bevölkerungsteile einträglich miteinander zu leben vermögen.

Die Anstrengungen, die bis jetzt gemacht wurden, um arbeitslose Industriearbeiter oder Flüchtlinge zur Eignung für landwirtschaftliche Siedlung umzuschulen, bedeuten nicht viel; sie sind erst einer kleinen Zahl von Menschen zugute gekommen, die in der Absicht umgeschult werden, sie zur Auswanderung nach lateinamerikanischen Staaten tauglich zu machen. Auf die Siedlungsaussichten, die Afrika und Australien bieten, ist noch wenig Bedacht genommen worden. Schuld daran trägt vor allem die bisher unentschlossene Haltung der gegenwärtigen Regierung Grossbritanniens.

Für die Unterbringung der grossen Mehrzahl der Arbeitslosen, die infolge arbeitsparender technischer Fortschritte aus dem Wirtschaftsbetrieb in Europa ausgeschaltet wurden, ebenso wie der Mehrzahl der Flüchtlinge, kommt die landwirtschaftliche Siedlung weniger in Betracht als die Schaffung neuer gewerblicher Produktionszweige, die in den Zielländern der Auswanderer noch nicht vorhanden sind. So manche Handwerker könnten ihre Gewerbe in aussereuropäischen Ländern betreiben, die bis nun die betreffenden Waren einführen. Nicht nur neue handwerkliche Erwerbszweige könnten geschaffen werden — sogar ohne grossen Kapitalaufwand —, sondern auch Industrien von grösserem Ausmass, für die in Ueberseeländern oft die erforderlichen Rohstoffe vorhanden sind, nicht aber qualifizierte Arbeitskräfte. Um die natürlichen Reichtümer der Neuländer einigermassen nutzen zu können, muss dort die gewerbliche Entwicklung rascher fortschreiten als bisher, was nicht unbedingt bedeutet, dass diese Länder aufhören werden, europäische Waren abzunehmen; die Einfuhr solcher Waren wird nur anders zusammengesetzt sein als jetzt.

Seit dem Ende der letzten Wirtschaftskrise herrscht so gut wie überall in den Ueberseeländern ein Mangel an angelernten Facharbeitern. Auswanderer, die in ihrem Fach leistungsfähig sind, könnten sowohl in Lateinamerika wie in den britischen Ueberseeländern ein Auskommen finden — wenn sie eingelassen werden und sich an die neuen Verhältnisse angewöhnen können, die meistens weniger angenehm sind, als es die in der Heimat gewohnten Verhältnisse waren.

Der Erfolg der Auswanderer hängt stark von ihrer Mentalität ab, von ihrer Einstellung zu der neuen Lage, der sie sich gegenüber sehen, und zu den neuen Aufgaben, die sie zu bewältigen haben. Der Neuangekommene muss sich in die Umwelt des Zielandes hineinfinden können, ganz gleich, ob er eine Stelle als Arbeiter oder Angestellter oder ob er sich als selbständiger Hand-

werker oder Siedler auf dem Land niederlassen will. Wer gewohnt ist, sich auf Unterstützung solcher oder solcher Art zu verlassen, der riskiere nicht, nach Uebersee zu gehen.

Arbeitsverhältnisse.

Die Ferienbestimmungen in den schweizerischen Gesamtarbeitsverträgen.

Bekanntlich kennt die Schweiz, von einigen wenigen Ausnahmen abgesehen, noch keine gesetzlichen Ferien. Um so grössere Bedeutung kommt daher den von der Arbeiterschaft beim Abschluss von Kollektivarbeitsverträgen erkämpften Ferien zu. Das Bundesamt für Industrie, Gewerbe und Arbeit führte im letzten Sommer eine Erhebung durch über den Bestand an kollektiven Abmachungen über das Arbeitsverhältnis in der Schweiz und fragte dabei auch nach der Ferienregelung. Es veröffentlicht nun in der «Volkswirtschaft» eine Uebersicht über die Verbreitung der Ferienbestimmungen in Kollektivverträgen (Stand Ende Dezember 1938), die wir nachstehend folgen lassen:

	Verträge		Total
	mit Ferienbestimmungen	ohne	
Gartenbau	6	1	7
Nahrungs- und Genussmittelindustrie	68	1	69
Bekleidungs- und Reinigungsgewerbe	13	5	18
Baugewerbe	51	86	137
Holz- und Glasbearbeitung	35	20	55
Textilindustrie	1	6	7
Buchbinderei	7	1	8
Metall-, insbesondere Installationsgewerbe	49	3	52
Uhrenindustrie	2	—	2
Graphisches Gewerbe	5	—	5
Handel	67	5	72
Verkehr	18	7	25
Theater und Kinos	6	3	9
Oeffentliche Dienste	10	—	10
Hotel- und Gastwirtschaftsgewerbe	15	1	16
Total	353	139	492
	72%	28%	100%

Von den insgesamt zur Kenntnis des Biga gelangten 492 Verträgen enthalten 353 Verträge Ferienbestimmungen. Bei der letzten Erhebung des Biga über die Kollektivverträge (1929) sahen erst 223 Verträge Ferien vor. Auch heute noch gibt es aber 139 Verträge ohne Regelung der Ferienfrage. Namentlich das Baugewerbe ist in dieser Hinsicht benachteiligt. In dieser Branche sind die Kollektivverträge an sich zwar am stärksten verbreitet, doch es überwiegen jene Verträge, die keine Ferien vorsehen. Prozentual ist das Verhältnis noch ungünstiger in der Textilindustrie, wo von 7 Verträgen nur einer Ferienbestimmungen enthält. Auch im Verkehrsgewerbe und im Bekleidungs- und Reinigungsgewerbe machen die Verträge ohne Ferienregelung einen ziemlich grossen Anteil aus. Sehr günstig ist dagegen das Verhältnis in der Nahrungs- und Genussmittelindustrie, wo von den insgesamt 69 abgeschlossenen Verträgen 68 Ferien gewähren. Auch in der Metallindustrie und im Handel sind die kollektiven Abmachungen über die Feriengewährung sehr verbreitet.